



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XXXVIII. Der dritte Balkankrieg

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXVIII

Der dritte Balkankrieg (Sommer 1913)

Mazedonische Wirren . . . . .	285
Der serbische Standpunkt. Ministerium Danew . .	288
Vorladung der Balkanregierungen nach Petersburg	290
Ausbruch des bulgarisch-serbischen Krieges . . . .	292
Rumäniens Eintritt in den Krieg . . . . .	294
Friede von Bukarest . . . . .	299
Verstimmungen im Dreibunde . . . . .	301
Mißerfolg der russischen Politik . . . . .	304

Es gehört zu den Paradoxien der Weltgeschichte, daß der blutige Zusammenstoß auf dem Balkan auf das übrige Europa eher beruhigend wirkte. Der dritte Balkankrieg wurde nicht der zündende Funke, sondern die zur Entladung bereite Elektrizität wurde auf einen Seitendraht abgeleitet.

\*

### Mazedonische Wirren

Für die Pforte war der Friede mit Bulgarien schon im November 1912 so notwendig gewesen, daß sie sich bereits damals entschlossen hatte, über die Abtretung Adrianopels zu verhandeln. Dies ließ sie im Monate darauf durch den bulgarischen Bankier Kaltschew nach Sofia sagen; auch bei einer Besprechung der zwei Oberbefehlshaber, General Satow und Nasim Pascha, am 8. Januar 1913, war davon die Rede. Der bulgarische Ministerpräsident Geschow behauptete später, er hätte seinem Könige geraten, darauf einzugehen; schon der Sturm auf die Tschataldscha-Linie wäre gegen seine Abmahnung erfolgt. Diesen Angaben stehen jedoch andere Zeugnisse gegenüber, nach denen auch er durch sein Schwanken schuld gewesen sei, daß mit der Pforte nicht früher abgeschlossen wurde. Ebenso hätte er es versäumt, schon im Winter mit der serbischen Regierung über das Schicksal Mazedoniens ernstlich zu verhandeln<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Diese Vorwürfe wurden gegen Geschow in der Sobranje besonders von Shenadiew (November 1913) erhoben, dem damaligen Minister des Äußeren (vgl. Schultzeß, Geschichtskalender, Jahrgang 1913, S. 654). Die Anklagen bestimmten Geschow zur Veröffentlichung des (bulgarisch geschriebenen) Buches: „Die verbrecherische Narrheit und die parlamen-

So verschoben sich in den ersten Monaten 1913 die Ziele der bulgarischen Politik, wobei das Naheliegende und Erreichbare in den Hintergrund trat. Mazedonien, der eigentliche Siegespreis des Türkenkrieges, wurde nahezu gänzlich aus der Hand gegeben. Und doch lebte hier ein den Bulgaren stammverwandtes Volk, mochten auch dessen Dialekte den Übergang zur serbischen Sprache bilden; in dem eroberten Adrianopel dagegen wohnte neben Türken und Griechen nur eine Handvoll Bulgaren. Auf mazedonischem Boden wetteiferten Serben und Griechen in der gewaltsamen Entnationalisierung der Einwohner. Diese wurden gezwungen, schriftlich oder durch Eid vor den Altären das Bekenntnis zu einem ihnen fremden Volkstum abzulegen. „Welche Schande,“ so wurden in einem Orte die Bulgaren von griechischen Gendarmen angefahren, „wir haben euch befreit, die Stimme Alexanders des Großen ruft euch aus dem Grabe, hört ihr sie nicht? Und ihr schlafet noch, ihr nennt euch trotzdem Bulgaren!“ Vor allem wurden die bisherigen nationalen Führer, desgleichen die bulgarischen Mitkämpfer in dem früheren Bandenkriege, eingekerkert oder verjagt, Tausende von ihnen flüchteten nach Bulgarien. Dann ging es an die Verfolgung der Lehrer und der Priester. Dem Bischofe von Veles verbot die serbische Behörde, außerhalb der Kirche mit seinen Geistlichen zu verkehren, später wurde er einfach aus seinem Hause hinausgeworfen. Der Verwalter des Bistums Aškub wurde halbtot geschlagen; nur mit Hilfe des französischen Konsuls rettete er sich nach Saloniki. Mit den einfachen Priestern verfuhr man so, daß, wenn sie nicht für sich und ihre Gemeinde die Zugehörigkeit zum bulgarischen Stamme abschworen, sie aus den Ämtern gejagt wurden; sie konnten froh sein, mit ihrem Leben davon zu kommen. Aber auch Mordtaten kamen vor. Der Priester Ljutwiew zu Prilep wagte es, in einer Rede vor serbischen Offizieren von der Dankbarkeit zu sprechen, welche die befreiten Christen dem

tarische Enquête“. Darin ist die ganze Schuld an dem schweren Mißgeschick seines Landes der Militärpartei zugeschoben. So auch in dem (französisch geschriebenen) Buche G e s c h o w s: „L'Alliance Balcanique“, Paris 1915, S. 145. In dem unparteiischen Werke der Carnegie-Stiftung, „Enquête dans les Balcans“, ist über die hinhaltende Politik Geschows ungünstig geurteilt, S. 40 ff.

Könige und dem Heere Bulgariens schuldeten. Darauf wurde er von Offizieren auf der Straße überfallen und niedergemacht. Der Mord wurde von einem serbischen Minister für bedauerlich aber „ziemlich verständlich“ erklärt, da der Priester die Serben durch seine Rede herausgefordert hätte<sup>1)</sup>. Diese Verteidigung ist fast noch ärger als die Bluttat.

Begreiflich die Erbitterung, die ob dieser Gewalttaten in Bulgarien um sich griff; sie wurde von den zahlreichen Mazedoniern genährt, die entweder jetzt geflohen waren oder im Mutterlande schon früher eine Heimat gefunden hatten. Unter diesen Auswanderern waren viele unruhige Köpfe, die sich nicht scheuten, jede Untat Auge um Auge, Zahn um Zahn zu vergelten. Sie forderten Krieg, vor allem gegen Serbien und stießen Todesdrohungen gegen König Ferdinand und seine Minister aus, wenn sie sich solchem Unsinne versagen sollten.

Geschow und seine Amtsgenossen widerstanden diesem Drängen und hofften noch immer auf gütlichen Austrag. Als Schöpfer des Balkanbundes taten sie das Möglichste für dessen Erhaltung. Sie ließen sich lange nicht in dem Glauben beirren, daß Serbien den Vertrag vom 13. März 1912 samt der daselbst abgemachten Teilung Mazedoniens einhalten werde. Und wenn nicht, dann war doch Rußland Bürge des Vertrages, Nikolaus II. der Richter, dem dessen Auslegung förmlich und feierlich überlassen war. Für Geschow und Danew war das Vertrauen auf den Zaren fast eine Religion. In diesem kindlichen Glauben hielten sie die Vorgänge in Mazedonien für eine Episode, beklagenswert zwar, aber vorübergehend.

<sup>1)</sup> So in dem Buche „Serbien und Bulgarien in dem Balkankriege 1912/13“, von Balcanicus, dessen Autor der serbische Minister Protic war. Hier sind, S. 89, auch die Worte angeführt, welche dem Priester Ljutwiew das Leben kosteten: „Prilep wäre nicht befreit worden, wenn die tapfere bulgarische Armee die türkische Bajonette bei Tschataldscha nicht aufgehalten hätte, und daher sollen alle dem obersten Befehlshaber des Balkanbundes, S. M. dem Zaren Ferdinand, dankbar sein.“ Alle anderen, oben erwähnten gegen die Bulgaren verübten Gewalttaten sind in der „Enquête dans les Balcans“ erzählt.

## Der serbische Standpunkt. Ministerium Danew

Nun bereute aber die serbische Regierung tief, jenen Vertrag geschlossen zu haben. Es ist früher (Bd. III, S. 175 ff.) erzählt worden, durch welche Gründe sie sich hatte bestimmen lassen, von dem Anspruche auf fünf Sechstel des mazedonischen Landes bedingungslos abzustehen. Sie glaubte auf diese Art die Kräfte des Balkanbundes für den Kampf gegen Österreich-Ungarn zu gewinnen. Das war mißglückt und nun sollte sie sich mit Altserbien und dem Sandschak begnügen, wovon auch Montenegro noch ein Stück erwarten durfte. Nicht einmal das nördlichste Sechstel Mazedoniens war den Serben unbedingt zugesprochen, denn über diese „bestrittene Zone“ war noch der Spruch des Zaren zu gewärtigen. Der Fehler war jedoch begangen, er sollte aber jetzt dadurch gutgemacht werden, daß Serbien mit der Forderung auftrat, das Abkommen vom 13. März 1912 wäre durch die Ereignisse überholt. Jeder Vertrag, so behauptete man in Belgrad, gelte nur „rebus sic stantibus“; somit bleibe nichts übrig als dessen Revision, damit auch Serbien aus dem Siege über die Türken entsprechende Vorteile ziehe.

Diesem Anspruche wollte die bulgarische Regierung durch einen Gegenzug begegnen. Am 13. April wandte sie sich nach Petersburg mit der Bitte, der Zar möge seinen Spruch ehebaldigst fällen. Rußland erklärte sich bereit und lud die zwei hadernden Regierungen ein, ihre Ansprüche und deren Gründe in Petersburg bekanntzugeben.

Die serbische Regierung zog die Erledigung zunächst hin und antwortete erst am 25. Mai mit einer eingehenden Darlegung ihres Standpunktes. Diese Ausführungen wurden durch die Rede bekannt, welche Pašić am 28. Mai in der Skupština hielt. Indem der serbische Ministerpräsident sich an die Öffentlichkeit wandte, war ihm die Umkehr unmöglich geworden, der Streit somit bis aufs Blut vergiftet.

Der Vertrag vom 13. März 1912, so erklärte Serbien, sei schon deshalb hinfällig, weil Bulgarien die darin übernommenen militä-

rischen Pflichten nicht erfüllt habe, während Serbien weit über die seinigen hinausgegangen sei. Wie wir wissen (Bd. III, S. 178), hatte Bulgarien ursprünglich zugesagt, zur Eroberung Mazedoniens 100 000 Mann zu stellen, sich jedoch vor Ausbruch des Krieges davon entbinden lassen und nur eine Division auf den mazedonischen Kriegsschauplatz geschickt. Die Tatsache, auf die sich Serbien berief, war also richtig, nicht aber der Vorwurf, der aus ihr abgeleitet war. Denn der serbische Generalstab hatte seinerzeit die Gründe des bulgarischen als stichhaltig anerkannt und zu dem geänderten Aufmarsche seine Zustimmung gegeben. Da nämlich die türkische Hauptmacht nicht in Mazedonien, sondern in Thrazien aufgestellt war, mußten auch die Bulgaren hier so stark wie möglich auftreten. Sie trugen auch mit höchster Anspannung zu dem Siege das meiste bei; die Menschenverluste der Bulgaren übertrafen die der Serben um das dreifache.

Des weiteren war es an sich richtig, daß die Serben — wie sie betonten — Truppen und Artillerie zur Eroberung Adrianopels gestellt hatten, ohne durch den Wortlaut des Vertrages dazu verpflichtet zu sein. Diese Hilfsbereitschaft war jedoch an keine Bedingung geknüpft worden, somit daraus für Serbien nicht das Recht der Losagung vom Bündnisvertrage abzuleiten.

Die Serben begründeten ihren Anspruch ferner damit, sie müßten doch irgendwie dafür entschädigt werden, daß ihnen die Ausdehnung über Albanien zur Adria durch die Großmächte verwehrt worden war. Wäre ihnen Nordalbanien mit Durazzo zugesprochen worden, so würden sie — so ihre Darlegung — den Bulgaren in Mazedonien Platz machen können. Es sei für sie nach dem Siege über die Türkei unmöglich, den Bulgaren nahezu den ganzen Block der Balkanhalbinsel zu überlassen. Auf diese Umstände gründete Serbien übrigens eine neue Anklage gegen Österreich-Ungarn. Dessen Mißgunst hätte ihm die naturgemäße Vergrößerung ans westliche Meer verwehrt; das wäre die Ursache des widrigen Streites mit den stammverwandten Bulgaren. Nun war allgemein bekannt, daß der albanische Riegel den Serben nicht bloß von Österreich-Ungarn, sondern auch von Italien vorgeschoben

worden war; die zwei Adriamächte waren nicht verpflichtet, den Preis für die serbisch-bulgarische Verständigung zu zahlen. Abgesehen davon, war dies alles für die Bulgaren kein Grund, auf die Vereinigung mit ihren mazedonischen Stammesgenossen zu verzichten.

Das Vertragsrecht sprach also für die Bulgaren, deshalb erblickten sie in der Verweigerung der Herausgabe des „unbestrittenen“ Gebietes Mazedoniens einen Wortbruch<sup>1)</sup>. Dem trat auch König Ferdinand bei. Es kam ihm daher gelegen, daß die Führer der bulgarischen Opposition am 30. Mai vor ihm erschienen, Klage über die Schwäche des Ministeriums Geschow führten und sich für den Krieg mit Serbien aussprachen. Der König drückte ihnen seine Zustimmung aus. Damit zog er einen Strich zwischen seiner Politik und der Geschows, worauf dieser noch am selben Tage seine Entlassung einreichte. Sie wurde angenommen; doch reiste Geschow am 2. Juni noch zu einer früher verabredeten Zusammenkunft mit Pašić nach Zaribrod, um den Hader womöglich doch zu schlichten. Wie vorauszusehen war, blieb der Versuch vergeblich und Geschow trat die Führung der Geschäfte an Danew ab.

Geschow war zu spät zurückgetreten; er hinterließ seinem Nachfolger einen Knoten, der nicht mehr entwirrt werden konnte. Danew aber war sich noch unklarer über die Schwierigkeiten der Lage als Geschow. Der König übertrug Danew die Regierung, weil es diesem, einem unbedingten Russenfreunde, eher gelingen konnte, das Petersburger Kabinett zu einer günstigen Stellungnahme zu bestimmen.

\*

### Vorladung der Balkanregierungen nach Petersburg

Nun hatte Rußland alles Interesse an der Erhaltung des Balkanbundes als eines Werkzeuges seines Einflusses. Es hatte deshalb alle

<sup>1)</sup> Die Rechtsfrage wird in der „Enquête dans les Balcons“ so beurteilt wie in unserer Darstellung.

gütlichen Mittel angewandt, um einen Ausgleich herbeizuführen. Da dies nicht gelungen war, wollte das Petersburger Kabinett durch einen Machtspruch zum Ziele kommen. Der Zar richtete an die vier Balkankönige Telegramme mit der bestimmten Aufforderung, ihre Ministerpräsidenten nach Petersburg zu schicken und sich seiner Entscheidung zu unterwerfen. Hierbei war auffallend, daß, während nur Bulgarien und Serbien vertragsmäßig den Zaren zum Schiedsrichter gewählt hatten, auch Griechenland und Montenegro vor seinen Thron gefordert wurden. In der Einladung sprach, wenn auch in guten Formen, der Gebieter zu seinen Vasallen.

Das Vorrufen vor den Richterstuhl des Zaren war aber eine Überschätzung der Macht Rußlands. Es handelte sich um die Lebensinteressen Bulgariens, Griechenlands, Serbiens; diese Staaten waren aber nicht willens, sich einer anderen Entscheidung zu fügen als der des Schwertes. Die Aufforderung des Zaren ließ die Kabinette von Sofia und Belgrad übrigens im unklaren, ob der Zar seinen Spruch auf Grundlage des Vertrages vom 13. März 1912 fällen wollte oder nicht; beide Regierungen hegten Bedenken, sich aufs ungewisse hin dem Zaren zu unterwerfen.

Es war trotz alledem eine Überraschung für die Welt, als König Ferdinand dem Zaren stolzen Tones antwortete und seine Erwiderung auch der Öffentlichkeit übergab. Er ging zwar auf die Einladung ein, erklärte aber mit aller Bestimmtheit, daß Bulgarien keinesfalls auf Mazedonien verzichten werde, und sollte es darüber auch zum Kriege kommen. „Wir wünschen aufrichtig,“ so heißt es in der Antwort des Königs, „den Krieg zu vermeiden, aber wir können nicht den einmütigen Gefühlen der Erbitterung entgegentreten, die bei unserem ganzen Volke am Tage nach unerhörten Anstrengungen und ruhmreichen Siegen die Versuche unserer Verbündeten hervorrufen, die ihm, dem Rechte und dem beschworenen Glauben zum Hohn, die heiligsten Früchte dieser Anstrengungen und dieser Siege entreißen wollen. Bulgarien hat nicht nur Rechte auf Mazedonien, es hat auch voraussichtliche Pflichten gegen die Bevölkerung, die stets bulgarisch gewesen ist und es um jeden

Preis bleiben will. Und Euere Majestät werden sich zu erinnern geruhen, daß diese Pflichten durch Jahrhunderte hindurch von Rußland selbst anerkannt worden sind<sup>1)</sup>."

\*

### Ausbruch des bulgarisch-serbischen Krieges

In Serbien war die Stimmung noch erregter. Die Armee und die öffentliche Meinung wollten nichts davon hören, daß der Besitz von Mazedonien in Frage gestellt werde. Auch hatte die serbische Regierung schon am 29. Mai mit der griechischen ein gegen Bulgarien gerichtetes Bündnis geschlossen. Pašić war indessen der Ansicht, König Peter dürfe dem Zaren nicht ablehnend antworten. Als er mit dieser Ansicht gegen die Generäle nicht durchdrang, gab er seine Entlassung. Infolge dieses Schrittes entschloß sich der König doch zur Annahme des russischen Vorschlages, und Pašić übernahm wieder sein früheres Amt. Serbien antwortete also bejahend — doch, ebenso wie Bulgarien, bloß der Form nach —, mit dem Vorbehalte einer kriegerischen Entscheidung. Seele der Kriegspartei war Kronprinz Alexander.

Auf beiden Seiten war die Erbitterung so hoch gestiegen, daß auch Danew sich der Stimmung nicht entziehen konnte. Am 22. Juni berief er den Ministerrat und eröffnete ihm, nach einer schlaflosen Nacht sei er zu dem Schlusse gekommen, der Krieg wäre, wenn auch erst nach dem Urteilspruche des Zaren, unvermeidlich; es sei also besser, ihn sofort zu führen, statt zu demobilisieren und die Armee im Herbst wieder einzuberufen. Seine Ministerkollegen beruhigten ihn und Danew lenkte wieder in friedliches Fahrwasser. Er ließ nach Petersburg melden, er

<sup>1)</sup> Miljutow hat behauptet, dieses Schreiben wäre zwischen der bulgarischen Regierung und dem russischen Gesandten in Sofia, Nekudow, vereinbart worden. Das klingt unwahrscheinlich; es ist aber bezeichnend, welche Umwege und Mißgriffe der russischen Diplomatie zugemutet worden sind. Richtig ist, daß die russischen Gesandten oft auf eigene Faust gehandelt haben, so Hartwig in Belgrad, der ganz auf serbischer Seite stand.

werde bestimmt vor dem Zaren erscheinen; für den 29. Juni setzte er seine Abreise fest, womit es ihm völlig ernst war.

Während Danew also schwankte, waren König Ferdinand und seine Generäle entschlossen, den Schlag sofort zu führen. Denn hinter Serbien und Griechenland erhoben sich feindselig auch Rumänien und die Türkei; die Generäle wollten daher rasch mit den zwei näheren Gegnern fertig werden, um in Mazedonien eine vollzogene Tatsache zu schaffen und so die anderen im Zaume zu halten. Ohne daß Danew verständigt wurde, gab General Sawow im Auftrage des Königs den zwei Korps, die den serbischen und den griechischen Truppen in Mazedonien gegenüberstanden, am 28. Juni den Befehl, am nächsten Abend vorzubrechen und die Gegner aus ihren Stellungen zu verdrängen; die Absicht war, auf diese Art den Serben die Stadt Veles, den Griechen Saloniki zu entreißen. Dementsprechend warfen sich die bulgarischen Abteilungen auf den einen und den anderen Gegner; zunächst auf die Serben, welche eine vorgeschobene Stellung am rechten Ufer der Bregalniça in Mazedonien innehatten.

Was jetzt folgte, ist ein Gewirr von Tatsachen und Gerüchten, in welche Ordnung zu bringen derzeit unmöglich ist. Das nächste war, daß Danew, überrascht und erschreckt, außerdem persönlich tief verletzt, am 30. Juni den Ministerrat berief und den Beschluß fassen ließ, der Angriffsbefehl müsse sofort zurückgezogen werden. Unter der Drohung sofortigen Rücktritts setzten die Minister beim Könige ihre Forderung durch, und die Truppen erhielten den Auftrag, vom Angriff abzustehen<sup>1)</sup>.

Befehl und Gegenbefehl schlugen militärisch und politisch zum Verderben Bulgariens aus. Denn an der Bregalniça setzten sich die Serben nach der ersten Überraschung tapfer zur Wehr, während in dem Angriffe der Bulgaren Schwanken und Unsicherheit Platz griff. Zum Schlusse wurden die letzteren zurückgeworfen, nicht weil sie militärisch weniger

<sup>1)</sup> Sawow trat in diesem Augenblick vom Oberbefehl ab; wie es scheint, weil er diese widersprechenden Befehle nicht mit seinem Namen decken wollte. Zwischen ihm und dem Könige traten solche Mißhelligkeiten ein, daß er 1915 kein Kommando erhielt.

tüchtig waren, sondern als Opfer der unsicheren und schwankenden Führung.

Schon in den ersten, am 28. Juni gegebenen Weisungen der bulgarischen Heeresleitung lag der Keim des Mißlingens. „Ich befehle Ihnen,“ so schrieb Sawow dem Befehlshaber der dritten Armee vor, „den Feind auf das energischste auf der ganzen Linie anzugreifen, ohne Ihre ganzen Kräfte zu entwickeln und sich in einen verlängerten Kampf einzulassen.“ „Auf das energischste angreifen,“ aber „ohne die ganzen Kräfte zu entwickeln“ ist ein Widerspruch. Merkwürdig! In allen Lehrbüchern über Taktik wird vor halben und in sich widerspruchsvollen Befehlen gewarnt, und in jedem Kriege wiederholen sich dieselben Fehler. Aus einer anderen Weisung Sawows erhellt das ihn leitende Motiv; er wollte dem Gegner einige Stöße versetzen, damit er zu Verhandlungen und zu Zugeständnissen geneigt sei. Krieg also und doch kein Krieg! Solche Halbheiten rächen sich.

\*

### Rumäniens Eintritt in den Krieg

Schlimmer noch erging es den Bulgaren auf politischem Gebiete. Denn beim Ausbruche der Feindseligkeiten meldete sich sofort Rumänien mit der von Anfang an erhobenen Forderung, Bulgarien solle das Gebiet bis zur Linie Surtukai-Baltschik abtreten. Wohl hatte Rumänien schon Silistria und Umgebung durch Vereinbarung gewonnen (Bd. III, S. 278); es war aber damit nicht befriedigt. Offenbar mußte sich das Kabinett von Sofia zur Gutheißung der neuen rumänischen Forderung herbeilassen, wollte es nicht der Überzahl der Gegner erliegen. Dem aber stellte sich Danew bestimmt entgegen. Er zeigte in diesem Punkte dieselbe Hartnäckigkeit wie im Festhalten an der Idee, Saloniki und überhaupt ganz Mazedonien zu gewinnen. Einerseits hielt er die Drohung Rumäniens für einen Schreckschuß, andererseits rechnete er mit Bestimmtheit darauf,

Rußland werde doch nicht gestatten, daß das slawische Bulgarien von einem neuen Feinde angegriffen werde. In diesem Vertrauen auf Rußland lag dieselbe Verblendung wie die, nach allen Fronten hin die Ansprüche Bulgariens durchsetzen zu können.

Nun hatte sich die russische Regierung bis zum Höhepunkte des Konfliktes unparteiisch verhalten. Es lag ihr soviel an der Erhaltung des serbisch-bulgarischen Bundes, daß ihre Ausgleichsbemühungen unzweifelhaft ernst gemeint waren. Als aber der Bruch erfolgte, fiel die Maske, die wahre Natur der Dinge machte sich geltend. Bulgarien war durch sein Selbstbewußtsein in Petersburg verdächtig geworden. Zwar hatte sich Serbien ebensowenig unbedingt unterworfen, aber es war als Sturmbock gegen die Donaumonarchie schier unentbehrlich und wartete mit heißer Begierde auf die Weisung zum Losschlagen gegen sie. Bulgarien dagegen stand auch mit Österreich-Ungarn gut, es verdiente ferner Strafe für die Verwegenheit, daß es nicht bloß in Adrianopel, sondern auch in Stambul mit dem heiligen Rußland in Wettbewerb zu treten sich vermaß. Selbst Danew, obwohl Ruffenfreund bis in die Knochen, hatte Anwandlungen von Selbständigkeit gehabt, manchen russischen Vorschlag abgelehnt. Neben ihm aber stand die stambulowistische Partei, die immer für Verständigung mit der Pforte, wie für das Zusammengehen mit den Zentralmächten gewirkt hatte. So erklärt sich die Welle des Hasses, die dem Könige Ferdinand und seinem Volke aus der Presse des Dreiverbandes entgegenschlug.

Demgegenüber fand Bulgarien in dem Wiener Kabinett eine Stütze. Getreu seiner dreißigjährigen Politik lieb es Bulgarien seinen diplomatischen Beistand; es mußte aber Rücksicht darauf nehmen, daß Deutschland bestimmt erklärte, es wolle um des Balkans willen nicht in Gegensatz oder gar in einen Krieg mit Rußland hineingezogen werden. Österreich-Ungarn gab sich also alle Mühe, zwischen Bulgarien und Rumänien zu vermitteln. Dringend riet die österreichische Diplomatie in Sofia zum Nachgeben, zur Abtretung eines Stück Landes, damit wenigstens dieser eine Gegner abgefunden werde. Darauf mußte das Wiener Kabinett auch deshalb bestehen, weil es (Bd. III, S. 277) hierzu

durch ein Abkommen mit Rumänien verpflichtet war und diesen Bundesgenossen bei den Zentralmächten festhalten wollte. Doch vergebens die einleuchtendsten Gründe. Die bulgarische Regierung wollte nirgends einen Schritt zurückweichen, auch für die rumänische Neutralität keine Opfer bringen.

Da nun mußte Danew es erleben, daß Rußland der rumänischen Regierung sagen ließ, es werde sie nicht hindern, wenn sie gegen Bulgarien marschieren lasse. Das war ein Freibrief zum Angriffe. Nun ist in Petersburg behauptet worden, daß man nur die Absicht hatte, Bulgarien zu schrecken und so zu einem Ausgleich mit Serbien zu nötigen<sup>1)</sup>. Ob dies nun wahr ist oder nicht, das letzte Wort der Politik des Dreiverbandes wurde von dem französischen Gesandten in Bukarest, Blondel, gesprochen, der ins Feuer blies und Rumänien antrieb, über Bulgarien herzufallen. In Paris arbeitete man hitzig an einem Bunde Rumäniens mit Serbien und Griechenland; Bulgarien wurde als unzuverlässig zu den Toten geworfen. Einige Monate später pries der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, seinen Freund Blondel, weil er Rumänien im dritten Balkankriege zu einer aktiven Politik gegen Bulgarien veranlaßt habe, wodurch „Rumänien den Krieg zu einem raschen und für sich so glücklichen Abschlusse brachte. Dadurch besonders hat Blondel in Rumänien die Sympathien für Frankreich erweckt.“<sup>2)</sup> Und da das Heer König Carols losgelassen wurde, blieb auch die Türkei nicht untätig; sie setzte ihr Heer gegen Bulgarien in Bewegung.

Es ist überflüssig, in die militärischen Einzelheiten der Katastrophe einzugehen, die sich mit elementarer Notwendigkeit vollzog; alles taktische war eine Begleiterscheinung der Umstellung Bulgariens durch alle Staaten der Balkanhalbinsel. Serbien, das anfangs seine Zurückhaltung und Friedensbereitschaft markiert hatte, erklärte am

<sup>1)</sup> Diese Bemühungen des Petersburger Kabinetts sind in dem russischen Orangebuch in möglichst günstiges Licht gesetzt (Nr. 271 bis 279).

<sup>2)</sup> J. Gheorgow, Professor der Philosophie an der Universität Sofia: „Bulgarien und die Zentralmächte“ in der „Österreichischen Rundschau“, 1916 2. Heft.

7. Juli an Bulgarien in aller Form den Krieg und ging zum Angriffe an der Bregalnika über. Sein Heer drängte die Bulgaren in blutigen, mit besonderer Wildheit geführten Kämpfen zurück und entriß ihnen am 14. Juli Kriva Palanka. Ebenso zwangen die Griechen unter König Konstantin die Gegner zum Rückzuge. Sie bedrohten die Bulgaren, denen sie an Zahl weit überlegen waren, mit Umfassung, so daß diese Schritt für Schritt zurückweichen mußten. So wenig ging die Hoffnung der bulgarischen Generale in Erfüllung, diese zwei Gegner niederzuringen, bevor das rumänische Heer mobilisiert war.

Das Verderben zog sich über die Bulgaren unentrinnbar zusammen. In dieser ihrer höchsten Not erwog das Wiener Kabinett, ob es nicht eingreifen solle, um das von Gegnern rings umstellte Volk zu retten. Es war leicht vorauszusehen, daß Serbien, einmal die führende Macht auf dem Balkan geworden, das Schwert auch gegen Österreich-Ungarn ziehen werde. Das wollte Berchtold um jeden Preis verhindern; Serbien sollte nicht zu mächtig werden. Es war, wie wenn dem österreichisch-ungarischen Minister nach der Mobilisierung Rumäniens eine Blutwelle zu Kopfe gestiegen wäre. Nachdem das Wiener Kabinett die unangenehmen Ergebnisse der zwei ersten Balkankriege zähneknirschend hingenommen hatte, faßte es sich ein Herz, um zuletzt doch tätig einzugreifen und Serbien Halt zu gebieten. Ein derartiger verzweifelter Schritt mußte allerdings der Monarchie den Haß aller Staaten, bis auf Bulgarien, zuziehen; auch Rußland war dann herausgefordert, und der europäische Krieg kaum mehr abwendbar.

Am 4. Juli erging an die Botschafter Szöghény und Mérey die Weisung, der deutschen und der italienischen Regierung den Entschluß zum Handeln anzukündigen. Sie sollten die zwei Bundesgenossen veranlassen, auf Rumänien einzuwirken, damit es von seinem Angriffe auf Bulgarien ablasse. Dieses erhielt dann Luft und konnte sich Serbiens und Griechenlands erwehren. Dabei behielt sich Österreich-Ungarn vor, den Serben an den Leib zu gehen.

Das plötzliche Losbrechen des Wiener Kabinetts kam seinen zwei Bundesgenossen sehr ungelegen, und beide mahnten dringend ab. San

Giuliano befand sich gerade in Deutschland, wo er mit Jagow in Kiel am 2. Juli eine Begegnung hatte. Die zwei Minister waren in der Verurteilung der Hartnäckigkeit Bulgariens einig und ebenso in dem Entschlusse, sich Rumänien als Bundesgenossen warmzuhalten; Erwägungen, die dem Gedankengange Berchtolds schnurstracks zuwiderliefen. Dementsprechend lautete die in Berlin und in Rom gegebene Auskunft. Österreich-Ungarn erhielt den dringenden Rat, von seinem gewagten Vorhaben abzustehen.

Mérey hatte den ihm gegebenen Auftrag wider bessere Überzeugung ausgeführt. Da San Giuliano noch nicht nach Rom zurückgekehrt war, sprach der Botschafter zuerst mit dessen Stellvertreter, Martino, erst am 12. Juli mit dem Minister selbst. Die zwei italienischen Diplomaten, San Giuliano natürlich bestimmter, machten kein Hehl daraus, daß Italien dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen nicht auf seinen Wegen folgen, ihm weder gegen Serbien noch auch gegen Rußland Hilfe leisten würde, da der Dreibundvertrag nur zur Verteidigung gegen einen Angriff geschlossen worden sei. San Giuliano verständigte den von Rom abwesenden Ministerpräsidenten Giolitti von der Anfrage Berchtolds und erhielt eine Antwort desselben Sinnes, er solle Österreich von dem äußerst gefährlichen Abenteuer (*periculosissima aventura*) abraten. „Wir werden euch an dem Zipfel eures Rockes zurückhalten“, sagte der Minister des Außeren zu Mérey und fügte hinzu, er glaube nicht daran, daß das Wiener Kabinett sein Vorhaben ausführen werde.

San Giuliano hatte richtig vorausgesehen. Das Wiener Kabinett war durch die Absagen ernüchtert; auch machten inzwischen die serbischen und rumänischen Truppen solche Fortschritte, daß Österreich-Ungarn sich einer verlorenen Sache angenommen haben würde. Die Hitze Berchtolds verflüchtigte sich, doch blieb bei ihm üble Laune darüber zurück, daß Österreich-Ungarn auch bei diesem Versuche der Geltendmachung seines Ansehens allein gelassen wurde. Der Seelenzustand, in dem das Wiener Kabinett sich vorwagte, ist zu verstehen; die politischen Gründe für sein Vorhaben aber sind schwach, das jähe Auffahren und scheue Zurück-

weichen kläglich. Ein Vorspiel zu dem übereilten Losbrechen gegen Serbien im Juli 1914.

Unterdessen fiel auf der Balkanhalbinsel die Entscheidung. Am 11. Juli überschritt ein Teil der rumänischen Armee die Grenze, ein anderer schlug über die Donau eine Brücke, darauf marschierten die Truppen, ohne Widerstand zu finden, gegen Sofia. Um das Unheil zu vervollständigen, folgten die Türken dem Beispiele und rückten am 22. Juli in Adrianopel ein, das von den Bulgaren eilig geräumt worden war, da sie zur Besetzung der umfangreichen Befestigungswerke nicht genug Truppen besaßen.

\*

### Friede von Bukarest

So lag Bulgarien am Boden. In dieser Not wandte sich König Ferdinand an den Kaiser von Osterreich und an den Zaren mit der Bitte um Vermittlung. Das Wiener Kabinett konnte nur wiederholen, was es vor dem Kriege geraten hatte. Auf seinen Antrieb ersuchte Ferdinand den König von Rumänien um Frieden, die Abtretung des Landes bis zur Linie Turtukai-Baltschik anbietend. Das Fürwort Kaiser Franz Joseph tat das übrige und bestimmte Carol, von dem Einmarsche in Sofia abzustehen. Am 30. Juli wurde Waffenstillstand geschlossen.

Der Kongreß zur Herstellung des Friedens zwischen den christlichen Königreichen der Balkanhalbinsel trat in Bukarest zusammen. Mit der Pforte verhandelte Bulgarien gesondert. Alle Staaten hielten fest zusammen, um Bulgarien an die Wand zu drücken. Dieses mußte also auch den größten Teil dessen herausgeben, was es durch den Krieg mit den Türken gewonnen zu haben glaubte. Seine Volkszahl wuchs zwar durch den endgiltigen Friedensschluß um 400 000 Einwohner, die Serbiens aber um  $1\frac{1}{4}$ , die Griechenlands um  $1\frac{1}{2}$  Millionen Menschen.

Mazedonien wurde zwischen Serbien und Griechenland geteilt. Zudem verlor Bulgarien 8000 Quadratkilometer an Rumänien und dehnte sich überhaupt nur gegen Süden und Südosten aus, auf Kosten der Türkei. Adrianopel blieb der Pforte, wozu sich Bulgarien einige Wochen später verstand. Wurde Bulgarien durch den Entgang Mazedoniens schwer getroffen, so kam dazu, daß ihm am Ägäischen Meer nur ein schmaler Streifen zufiel mit Dedeagatsch als Haupthafen. Es hätte großen Wert darauf gelegt, wenigstens Kavalla und Serez zu erhalten, um das Meer auch hier erreichen zu können; dieser Anspruch war aber nicht durchzusetzen. Es war tief gedemütigt, aber der gesunde Sinn des Volkes zeigte sich darin, daß es seinen König das Unglück nicht entgelten ließ, sondern sich enger um ihn scharte. Überall sagte man sich, daß die ganze Nation, alle Politiker, durch weit ausgreifenden Ehrgeiz wie durch Überschätzung der eigenen Kraft gefehlt hatten. Alle ohne Ausnahme, alle Parteien, besonders aber die Armee, wollten Mazedonien festhalten, alle im Notfalle die Waffen einsetzen. Der Angriffsbefehl vom 28. Juni war zwar ein schwerer Fehler, aber es steht so gut wie fest, daß die Flinten auch ohne ihn losgegangen wären; auch in Serbien waren die Maßregeln zum Angriffe vorbereitet. Danew nahm schon am 15. Juli seine Entlassung in Verzweiflung darüber, daß keine seiner Annahmen eingetroffen war. Radoslawow folgte ihm als Ministerpräsident, Ghenadiew wurde Minister des Innern. Der letztere ging mit Geschow und Danew strenge ins Gericht<sup>1)</sup>, während diese alle Schuld auf die militärische Umgebung des Königs wälzten; Geschow hat ihr „verbrecherische Narrheit“ vorgeworfen. Zu einem Spruche des Parlaments über die Schuld Danews und anderer Politiker kam es aber nicht; die Fäden der Verantwortung hätten sich nur schwer entwirren lassen.

Das Selbstbewußtsein der Serben war durch die errungenen Erfolge sehr gehoben; das Haus Karageorgevic glaubte sich zu den höchsten Dingen berufen. Es wurde der Donaumonarchie der böseste Gegner, es trieb das verwegenste Spiel.

<sup>1)</sup> Schultzeß, „Geschichtskalender“, Jahrgang 1913, S. 654.

Ohne nennenswerte Anstrengung war den Rumänen die Schiedsrichterrolle zugefallen, die Rußland angestrebt hatte. Es war nicht rühmlich, ohne jeden Grund einen Eroberungskrieg zu führen, zumal da Bulgarien sich doch durch die frühere Abtretung von Silistria mit Rumänien auseinandergesetzt zu haben glaubte, aber der Augenblick zum Handeln war richtig gewählt.

Die von Rumänien davongetragene Beute bestand aus einem von Bulgaren bewohnten Gebiete. Überhaupt war das Ergebnis des dritten Balkankrieges ein Hohn auf das nationale Prinzip. Rumänien, Serbien und Griechenland rissen Stücke bulgarischen Bodens an sich; die beiden letzten Staaten und ebenso Montenegro vergrößerten sich außerdem durch albanische Gebietsteile. Aus einem Befreiungskriege war ein Eroberungskrieg geworden. Oder besser gesagt: die wahre Natur des Anschlages gegen die türkische Herrschaft trat nach deren Zusammenbruche offen zutage.

\*

### V e r s t i m m u n g e n i m D r e i b u n d e

Indem sich das Wiener Kabinett auf Seite der Bulgaren stellte, handelte es im Sinne seiner eigenen wohlerwogenen Interessen. Man hat gegen Berchtold damals den Vorwurf erhoben, er hätte, indem er zwischen Bukarest und Sofia zu vermitteln bemüht war, die Bundesgenossenschaft Rumäniens verscherzt. Dieser Vorwurf war ungerecht. Die rumänische Regierung hat anerkannt, daß Osterreich-Ungarn loyal gehandelt und seine Bundespflichten genau eingehalten habe. Das ist aus verschiedenen Stellen des rumänischen Grünbuchs zu ersehen. Die öffentliche Meinung in Bukarest, gelenkt durch russisches und französisches Geld, ließ sich allerdings gegen Osterreich-Ungarn in Bewegung setzen, und in den Tagen der Mobilisierung kam es zu feindseligen Rufen

gegen diese Monarchie. Die in der Presse und dem Parlamente Österreich-Ungarns gegen Berchtold gerichteten törichtesten Artikel und Reden wurden in Bukarest als Zeugnisse gegen ihn angeführt. Von da an datiert die Abwendung Rumäniens von den Mittelmächten; die tiefere Ursache dieser Erscheinung ist jedoch nicht etwa die Unzuverlässigkeit der Wiener Politik gewesen, sondern der Mangel an Kraft, der sich gezeigt hatte. Die Sache Bulgariens, für die sie sich einsetzte, unterlag: Grund genug, um in Völkern, denen vor allem der Erfolg imponiert, den Eindruck zu erwecken, es sei klüger, sich von den Mittelmächten abzuwenden.

Dazu aber kam, daß jede einzelne Macht des Dreibundes ihre gesonderten Wege ging, daß also seine Gesamtheit an Ansehen verlor. Von Italien muß dies nicht erst erwähnt werden, es frohlockte über den Sieg Serbiens, welches sich immer mehr in die Flanke Österreich-Ungarns einbohrte. Das war noch Nebensache. Schlimmer war, daß auch Deutschland mit Österreich-Ungarn nicht immer einig war. Wie es damit während des ersten Balkankrieges stand, wurde bereits erzählt. Später ging es nicht besser. In Berlin, wo man den Balkandingen ferner stand, wurde nicht ganz erfasst, welchen Wert Bulgarien für die Mittelmächte hatte. Während das Wiener Kabinett sich für diesen Staat mühte und ihm wenigstens Kavalla retten wollte, sprach sich die deutsche Regierung für die griechischen Ansprüche aus. Der Zwiespalt ward offenkundig, als die europäischen Mächte zum Bukarester Frieden Stellung zu nehmen hatten. Dessen Grenzbestimmungen waren national und geographisch so unhaltbar, daß der Gedanke auftauchte, die Großmächte sollten dem Frieden zwar beitreten, jedoch mit der Bemerkung, es solle später in ruhigeren Zeiten eine Revision vorgenommen werden. Der Vorschlag fand vielseitig Anklang, auch in Petersburg. Rumänien aber, das auf den Bukarester Frieden als auf sein Werk stolz war, sträubte sich gegen einen derartigen Vorbehalt; darauf gaben nahezu alle Mächte, auch Rußland, ihr Vorhaben auf; nur Österreich-Ungarn harrte bei Bulgarien aus und gab in diesem Sinne eine Erklärung ab. In Berlin war man nicht einverstanden, da hier die Ansicht herrschte,

daß Rumänien als Bundesgenosse der Zentralmächte und ebenso Griechenland in jeder Weise geschont und gehegt werden mußten. Dem gab Kaiser Wilhelm vernehmlichen Ausdruck, indem er den König Konstantin zum Generalfeldmarschall ernannte und den König Carol zu seinem großen Erfolge beglückwünschte.

So stand das Wiener Kabinett mit seiner Stellungnahme allein, was füglich hätte vermieden werden sollen.

Ob Deutschland oder Österreich-Ungarn bei diesem Vorgehen richtig handelte, bleibe dahingestellt; mißlich war, daß die Völker des Balkans den Eindruck hatten, daß der Dreiverband geschlossen vorging, während jede der Mittelmächte und neben ihnen auch Italien auf eigene Faust handelte.

Der Verlauf der Balkankrise befreite Österreich-Ungarn von einer großen Gefahr. Hielt der Balkanbund zusammen, so war es so gut wie gewiß, daß er sich früher oder später gegen die Donaumonarchie wenden werde. Auf ihre Kosten, so predigten die russischen Panlawisten den Serben und Bulgaren, ließe sich zwischen den zwei Völkern völlige Harmonie herstellen. Das war auch der Gedanke des Ministeriums Pašić, der es ungern sah, daß die Militärpartei in seinem Lande im Triumphe des Sieges über Bulgarien nichts davon hören wollte, Teile Mazedoniens abzutreten, selbst wenn Bosnien dadurch gewonnen werden könnte. Der Zerfall des Balkanbundes war also ein Glücksfall für Österreich-Ungarn. Die vorsichtige Politik des Grafen Berchtold schien jetzt gerechtfertigt. Und dies besonders, als der Pariser „Matin“ im November 1913 den Wortlaut des bulgarisch-serbischen Vertrages veröffentlichte, aus dem hervorging, daß er nicht bloß gegen die Türkei, sondern auch gegen das Donaureich gerichtet gewesen war. Indessen war doch ein bitterer Bodensatz in dem Trank, denn die Verstärkung Serbiens und sein militärischer Aufschwung ließen Schlimmes besorgen. Serbien und Montenegro waren nicht mehr durch den Sandschak getrennt, den sie vielmehr unter sich teilten. Sichtbar neigte auch Rumänien dem Dreiverbände zu. Der Weg nach dem Balkan war dem Donaureiche durch die Friedensschlüsse von London und Bukarest versperrt, es war

in die Defensive gedrängt, und ein Bund Serbiens mit Rumänien konnte noch schlimmere Frucht zeitigen als der mit Bulgarien.

\*

### Mißerfolg der russischen Politik

Vollständig aber war der Mißerfolg der russischen Politik. Der durch den Balkan gehende Riß war für das Slaventum eine Katastrophe, für Rußland ein schwerer Schlag, nicht so arg wie seine Niederlage im Krimkriege, aber ärger als sein notgedrungenes Zurückweichen auf dem Berliner Kongresse. Denn von 1878 an bis 1913 konnte Rußland das noch im Werden und Wachsen begriffene Bulgarien immerhin als Schutzstaat in seine Rechnung stellen. Alle Arbeit der panslawistischen Politik für Bulgarien, alles für die Balkanvölker ausgegebene Geld war hinausgeworfen. Serbien war zwar vergrößert, aber nicht auf Kosten Osterreich-Ungarns, sondern des stammesverwandten Bulgariens. Dieses war auch den Rumänen und Griechen geopfert worden, welche sich rein slawische Gebiete einverleibten. Es war ein Hohn auf das slawische Gemeingefühl, daß Rußland den Rumänen seinen Segen zum Angriffe auf Bulgarien gegeben hatte.

Die fortgesetzten Niederlagen der russischen Diplomatie 1854, 1878, 1909 und 1913 waren für die Machthaber im Zarenreiche der stärkste Antrieb zu einem Appell an die Waffen. Den Diplomaten war alles mißlungen, auch die viel gepriesene Stiftung des Balkanbundes. Zwischen Sasonow und der Kriegspartei bestand überdies stillschweigend ein Kompromiß, man solle die Früchte zunächst reifen und den Bund sich befestigen lassen. Erfüllte er die auf ihn gesetzten Hoffnungen, so konnte man noch immer und mit besseren Aussichten gegen Mitteleuropa los schlagen. Insofern wurde durch die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan 1913 der Weltkrieg etwas hinausgeschoben. Auf

der anderen Seite war die Politik Osterreich-Ungarns während der Balkankriege nicht darnach angetan, die Achtung oder die Furcht vor dieser Macht zu erhöhen. Seine äußere Politik war das Spiegelbild seiner inneren Zerklüftung. Es konnte so schwer nicht sein, die Donaumonarchie zu überrennen. Fieberhafte Rüstungen, durch die Milliarden französischer Anleihen ermöglicht, wurden in Angriff genommen, und hinter den verantwortlichen Ratgebern des Zaren richtete sich als Werkzeug des Schicksals und des Verderbens die Gestalt des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in die Höhe.

